

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

23. September 2013

Afghanistan

Anschläge auf Repräsentanten der Regierung

Am 15.09.13 wurde eine führende Mitarbeiterin der Kriminalpolizei in der südlichen Provinz Helmand von Unbekannten angeschossen. Sie starb einen Tag später an ihren Verletzungen. Auch ihre Vorgängerin war bereits ermordet worden. Bei der afghanischen Polizei arbeitet nur ein Prozent Frauen. Sie berichten über regelmäßige Drohungen von Islamisten, die sich auch gegen ihre Familien richten.

Am 18.09.13 wurde der Chef der unabhängigen Wahlkommission für die nordafghanische Provinz Kunduz von Taliban erschossen. Die Taliban haben nach Anlauf der Vorbereitungen für die Präsidentschaftswahl Anschläge auf Wahlhelfer und -organisatoren angekündigt.

Vermeehrt Anschläge auf Mitarbeiter von Hilfsorganisationen

Nach Mitteilung des UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) stieg die Zahl der Angriffe auf Mitarbeiter von Hilfsorganisationen und medizinischen Einrichtungen im August 2013 stark an. Es habe 25 Vorfälle mit acht Toten gegeben. Angriffe auf medizinische Einrichtungen und deren Mitarbeiter hätten sich hauptsächlich im Osten, in den Provinzen Nangarhar, Laghman, Logar und Kunar sowie in der nördlichen Provinz Balkh ereignet.

Sonstige Sicherheitslage

Nach Angaben der Bundeswehr fanden in den nördlichen Provinzen Badakhshan und Kunduz seit dem 04.09.13 von afghanischen Sicherheitskräften geführte Operationen statt. Ziel dieser war es, die regierungsfeindlichen Kräfte aus diesem Gebiet zu verdrängen und die eigene Bewegungsfreiheit sicherzustellen. Am 18.09.13 wurden nach Angaben afghanischer Behörden in der nordöstlichen Provinz Badakhshan (im Distrikt Wardooj) ca. 16 Polizisten getötet, 20 verwundet und 24 entführt (die Zahlen differieren je nach Quelle). Die Polizeieinheit war in einen Hinterhalt der Taliban geraten. Erst einen Tag zuvor hatten die afghanischen Spezialkräfte das erfolgreiche Ende der o.g. Operation in Badakhshan verkündet.

Weitere Kämpfe fanden vergangene Woche in der südafghanischen Provinz Helmand statt.

Im Distrikt Sangin sollen nach offiziellen Angaben 40 Taliban-Kämpfer getötet worden sein. Afghanische Sicherheitskräfte hätten Aufständische bei einem dreitägigen Einsatz aus dem Distrikt vertrieben.

Am 20.09.13 wurde in der nordafghanischen Provinz Kunduz ein Bundeswehrsoldat verletzt, als sein Fahrzeug auf eine Sprengfalle fuhr.

Am 21.09.13 erschoss ein afghanischer Soldat drei US-Soldaten in der ostafghanischen Provinz Paktya.

Vorbereitung für Präsidentschaftswahl angelaufen

Seit 16.09.13 können sich Bewerber für das Präsidentenamt bei der Wahlkommission registrieren lassen. Die Frist läuft bis zum 06.10.13, die endgültige Kandidatenliste wird am 16.11.13 veröffentlicht, Wahltag ist der 05.04.14. Präsident Hamid Karzai darf nach der Verfassung nicht erneut kandidieren.

Distrikts-Gouverneur läuft zu Taliban über

Der Gouverneur des Distrikts Kohistanat (Provinz Sar-e-Pul, Nordafghanistan) soll sich den Taliban angeschlossen haben.

Pakistan

Anschläge auf religiöse Minderheiten

Am 19.09.13 starben in Karachi neun schiitische Gläubige, nachdem Unbekannte eine Handgranate in eine schiitische Moschee geworfen hatten. In Peshawar starben bei einem ähnlichen Anschlag auf eine Moschee am 20.09.13 drei schiitische Geistliche, 18 weitere Schiiten wurden verletzt. Ebenfalls in Peshawar kamen am 22.09.13 mindestens 78 christliche Gottesdienstbesucher ums Leben. Mehr als 100 wurden verletzt. Zwei Selbstmordattentäter hatten sich in die Luft gesprengt, als Gottesdienstbesucher gerade eine Kirche nach der Sonntagsmesse verließen.

Irak

Anschläge

Am 17.09.13 kamen bei einer Serie von Autobombenanschlägen in überwiegend von Schiiten bewohnten Vierteln in Bagdad mindestens 34 Menschen ums Leben. In und in der Nähe von Mosul wurden sieben Sicherheitskräfte erschossen.

Bei einem Anschlag auf eine sunnitische Moschee in Samarra am 20.09.13 starben mindestens 18 Menschen, anderen Angaben zufolge 24 Menschen.

Bei einem Doppelanschlag bei einer Beerdigungszeremonie in dem mehrheitlich von Schiiten bewohnten Stadtviertel Sadr City in Bagdad kamen am 21.09.13 mindestens 57 Menschen ums Leben, rund 130 weitere wurden verletzt. In den Provinzen Salahaddin, Ninive und Kirkuk starben mindestens weitere elf Menschen, überwiegend Sicherheitskräfte. Nach Iraq Body Count kamen am 21.09.13 bei Anschlägen insgesamt 103 Menschen ums Leben, allein in Bagdad gab es 94 Todesopfer.

Bei einem Selbstmordanschlag bei einer sunnitischen Beerdigung in Bagdad starben am 22.09.13 mindestens 16 Menschen, weitere 42 wurden verletzt.

Die Zahl der zivilen Todesopfer liegt nach Iraq Body Count im September (Stand: 21.09.13) bei 815.

Hinrichtungen

Im Jahr 2013 wurden bisher fast 70 Menschen, denen terroristische Aktivitäten zur Last gelegt wurden, hingerichtet.

Wahlen in der KRG-Region

Am 21.09.13 fanden in den drei kurdischen Provinzen Dohuk, Erbil und Sulaimaniya Parlamentswahlen statt. Schätzungen zufolge haben etwa zwei Drittel der rund drei Millionen Stimmberechtigten gewählt. Nach Angaben der Wahlkommission gab es keine Zwischenfälle. Die beiden wichtigsten Parteien - die Kurdische Demokratische Partei (KDP) und die Patriotische Union Kurdistans (PUK) – traten erstmals gegeneinander an. Bei vorangegangenen Wahlen hatten sie eine gemeinsame Liste gebildet. Das offizielle Endergebnis liegt noch nicht vor.

Syrien

Syrien erfüllt OPCW-Forderungen

Während der Bürgerkrieg in Syrien mit konventionellen Waffen weitergeht, teilte die Organisation für ein Verbot von Chemiewaffen (OPCW) in Den Haag am 21.09.13 mit, dass Syrien die von ihm geforderten Informationen über seine Chemiewaffen fristgerecht übergeben habe. Russland hat angeboten, Beobachter nach Syrien zu schicken, um die Zerstörung der Waffen zu überwachen.

Nationale Koalition zur Teilnahme an geplanter Friedenskonferenz bereit

Auch der wichtigste syrische Oppositionszusammenschluss, die Nationale Koalition (auch Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte), hat sich grundsätzlich dazu bereit erklärt, an einer von Russland und den USA geplanten Friedenskonferenz in Genf teilzunehmen. Sie besteht jedoch darauf, dass Präsident Bashar al-Assad keine Rolle in einer Übergangsregierung spielen dürfe.

Waffenstillstand zwischen sich bekämpfenden Rebellen in Syrien

In der Stadt Azaz, im Norden Syriens, einigten sich nach Angaben des Leiters der oppositionellen Syrischen Menschenrechtsbeobachtungsstelle am 20.09.13 eine mit der Freien Syrischen Armee (FSA) verbündete Rebellengruppe und bewaffnete Jihadisten der al-Qaida nahe stehenden Gruppierung „Islamischer Staat des Irak und der Levante“ (auch Islamischer Staat im Irak und Syrien oder Islamic State of Iraq and the Levant bzw. ISIS) auf einen Waffenstillstand, der unter Vermittlung der in Aleppo stationierten Tawhid-Brigade zustande gekommen sein soll. ISIS hatte am 18.09.13 damit begonnen, Gebiete der strategisch wichtigen Ortschaft zu übernehmen, worauf die Türkei am 19.09.13 den in der Nähe gelegenen Grenzübergang Öncüpinar in der Provinz Kilis schloss.

Iran

Prominente Menschenrechtlerin Nasrin Sotudeh neben weiteren politischen Gefangenen freigelassen

Die prominente iranische Anwältin und Menschenrechtsaktivistin Nasrin Sotudeh ist von der iranischen Justiz freigelassen worden. Sie wurde im September 2010 verhaftet und wegen angeblicher Propaganda gegen das Establishment zu elf Jahren Gefängnis verurteilt. Im Dezember vergangenen Jahres wurde sie zusammen mit dem iranischen Filmemacher Jafar Panahi vom Europaparlament mit dem Sacharow-Preis ausgezeichnet. Nasrin Sotudeh gehört nach Angaben der iranischen Grünen-Oppositionsbewegung Kalame zu einer Gruppe von mehr als 15 politischen Gefangenen, die seit dem 17.09.13 freigelassen worden seien. Aus der Haft entlassen worden seien auch der ehemalige Vizeaußenminister Mohsen Aminsadeh (56) und Fejsollah Aran-Sorchim, der während der Amtszeit des früheren Präsidenten Mohammad Khatami Vize-Handelsminister war. Die Haftentlassungen wurden als großer innenpolitischer Erfolg für den neuen Präsidenten Hassan Rohani gewertet. Er hatte sich bereits im Wahlkampf für die Freilassung aller politischen Gefangenen und für Meinungsfreiheit eingesetzt.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

Gazastreifen: Israel kündigt Lockerung der Einfuhrbeschränkungen an

Israel hat angekündigt, die umstrittenen Einfuhrbeschränkungen für Baumaterial in den Gazastreifen zu lockern. Ab dem 22.09.13 dürften erstmals seit sechs Jahren wieder Zement, Eisen und Kies über den Grenzübergang Kerem Schalom in das streng abgeriegelte Gebiet transportiert werden, sagte ein Vertreter der palästinensischen Autonomiebehörde am 17.09.13. Künftig sei die Einfuhr von 1.600 t Kies, 800 t Zement und 400 t Eisen pro Tag erlaubt. In israelischen Regierungskreisen wurde das Vorhaben bestätigt: Es solle die Privatwirtschaft im Gazastreifen und damit auch den palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas stärken. Israel hatte die Grenzen zum Gazastreifen nach der Entführung eines israelischen Soldaten im Jahr 2006 weitgehend abgeriegelt und die Blockade nach dem Wahlsieg der Hamas ein Jahr später noch verschärft.

Rami Hamdallah erneut als palästinensischer Regierungschef vereidigt

Der bisherige Interimschef der palästinensischen Regierung, Rami Hamdallah, ist in Ramallah (Westjordanland) wieder als Ministerpräsident bestätigt worden. Im Beisein des palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas hatten Hamdallah und sein unverändertes Übergangskabinett am 19.09.13 ihren Amtseid abgelegt. Der politisch unerfahrene Hochschulpräsident Hamdallah hatte im Juni nach nur 18 Tagen im Amt seinen Rücktritt wegen „Einschränkungen seiner Autorität“ eingereicht. Abbas bat ihn jedoch, den Posten weiter kommissarisch zu übernehmen. Im August beauftragte er Hamdallah dann erneut mit der Regierungsbildung. Rami Hamdallah sollte ursprünglich nur bis August im Amt bleiben. Bis dahin wollten al-Fatah und die radikalislamistische Hamas eine Koalitionsregierung gebildet haben. Dies scheiterte jedoch an den großen Differenzen zwischen beiden Palästinenserorganisationen.

Ägypten

Ägyptische Anti-Terror-Einheit stürmt von Islamisten besetzte Stadt

Am 19.09.13 stürmten Anti-Terror-Einheiten der Polizei die Stadt Kirdarsa, die am Westrand von Kairo liegt. Gewaltbereite Islamisten griffen am 14.08.13 die Polizeistation in Kirdarsa an und töteten elf Polizeibeamte. Anschließend hielten sie die Stadt für vier Wochen in ihrer Gewalt. Am 19.08.13 eroberten Spezial-

einheiten der Polizei die Stadt zurück. Dabei starb ein Polizeigeneral, insgesamt gab es zwölf verletzte Personen.

Ägyptischer Staat geht weiterhin gegen Muslimbrüder vor

Die ägyptische Justiz fror das Vermögen von 14 Muslimbrüdern ein. Darunter befindet sich das Vermögen des Chefs der Muslimbrüder, Mohammed Badie, sowie seiner beiden Stellvertreter. Alle drei sitzen im Gefängnis.

Nach dem Militärputsch gegen den ehemaligen Präsidenten Mohammed Mursi gehen die ägyptischen Sicherheitskräfte weiterhin gegen die Muslimbrüder vor. Bei der gewaltsamen Räumung eines Protestcamps am 14.08.13 wurden mehr als tausend Menschen getötet. Insgesamt nahmen die Sicherheitskräfte seit der Machtübernahme der Armee mehr als 2.000 Mitglieder der Muslimbrüder fest.

Zwei Bomben in Kairoer U-Bahn gefunden/Ägypten verkürzt Ausgangssperre

Am 19.09.13 wurden in der Kairoer U-Bahn zwei Bomben gefunden. Das U-Bahn-Netz wurde auf mehreren Linien stillgelegt. Experten der Sicherheitskräfte entschärften die beiden Sprengsätze.

Die ägyptischen Behörden lockerten die nächtliche Ausgangssperre. Sie beginnt nun eine Stunde später um Mitternacht und endet bereits um 5 Uhr morgens. An Feiertagen gilt die Ausgangssperre ab 19 Uhr.

Libyen

Prozess gegen Gaddafi-Sohn hat begonnen

Der Sohn des gestürzten libyschen Machthabers Gaddafi, Saif al-Islam Gaddafi, muss sich seit dem 19.09.13 vor einem Gericht in Tripolis verantworten. Ihm und mehr als 20 weiteren Funktionären des früheren Regimes werden Verbrechen während des Volksaufstands im Jahr 2011 zur Last gelegt. Sie sollen sich an politisch motivierten Morden beteiligt und zur Vergewaltigung und Entführung von Kritikern aufgerufen haben. Bei einer Verurteilung droht den Angeklagten die Todesstrafe. - Der Internationale Strafgerichtshof wirft Gaddafis Sohn Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor und fordert seine Überstellung nach Den Haag.

Südsudan

Tötung von Zivilisten

Nach Recherchen der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat die Armee Südsudans im Zeitraum von Januar 2012 bis Juli 2013 bei der Bekämpfung von Aufständischen Zivilisten getötet und schwere Menschenrechtsverletzungen begangen.

Die Vorfälle sollen sich in dem Bundesstaat Jonglei bei gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der Rebellengruppe des Volkes der Murle und der Armee ereignet haben. Dabei soll das Militär Südsudans im Bezirk Pibor 70 Zivilisten und bis zu 24 Sicherheitskräfte des Murle-Volkes getötet haben. Der Bericht beschreibt auch, wie die Armee Häuser niederbrannte, plünderte und Zivilisten verbal und physisch misshandelte.

Die Murle sind eine Volksgruppe, die hauptsächlich in Bundesstaat Jonglei ansässig ist und in der Vergangenheit schon öfters ethnisch motivierter Gewalt ausgesetzt war.

Somalia

Geberkonferenz in Brüssel beschließt Hilfen für Somalia in Höhe von 1.8 Milliarden Euro

Am 16.09.13 begann in Brüssel auf Einladung der Europäischen Union (EU) mit Beteiligung von Delegationen aus 50 Staaten eine eintägige Konferenz über die Unterstützung des Wiederaufbaus in Somalia. Insgesamt wurden Hilfen für den Wiederaufbau von 1,8 Milliarden Euro beschlossen. Auf der Brüsseler Konferenz wurde ein Plan (genannt „New Deal“) für die kommenden drei Jahre für Somalia beschlossen. Die beabsichtigten Ziele sind die Verbesserung der Sicherheitslage, eine Reform der Justiz und des Finanzwesens sowie der Wiederaufbau der Wirtschaft des Landes. Trotz der Fortschritte, die Somalia in den letzten Jahren gemacht hat, gehört das Land immer noch zu den instabilsten, ärmsten und gefährlichsten der Welt. Weite Teile des Landes werden von Milizen kontrolliert.

Kenia

Terroranschlag in Nairobi

Ein Kommando der islamistischen Miliz al-Shabaab überfiel am 21.09.13 ein Einkaufszentrum in Nairobi. Etwa ein Dutzend Bewaffneter schoss in dem exklusiven, vor allem von Touristen und reichen Kenianern besuchten Einkaufszentrum um sich und warf Granaten. Mindestens 68 Menschen wurden getötet und etwa 175 verletzt. Sicherheitskräfte drangen in das Gebäude vor, in dem sich die Angreifer mit Geiseln verschanzten. Sie konnten die meisten Geiseln befreien, sodass sich am Morgen des 23.09.13 nur noch etwa zehn Geiseln in der Gewalt der Terroristen befanden. Al-Shabaab bekannte sich zu dem Anschlag.

Seit Kenia Ende 2011 Militär nach Somalia entsandte, kommt es in Kenia immer wieder zu Anschlägen, die al-Shabaab angelastet werden.

Ruanda

Regierungspartei gewinnt Parlamentswahlen

Eine Koalition aus der dominanten Regierungspartei Rwandan Patriotic Front (RPF) und mehreren kleinen Parteien gewann die Wahlen zum Abgeordnetenhaus des Zwei-Kammer-Parlaments vom 16.09.13 und erreichte 41 der vergebenen 53 Sitze. Die zweitplatzierte Social Democratic Party (SDP) gewann sieben, die Liberal Party (LP) fünf Sitze. 410 Kandidaten aus acht Parteien hatten sich um die insgesamt 80 Mandate beworben. 53 der 80 Parlamentssitze wurden in den Wahlen direkt vergeben, die übrigen 27 wurden am 17. und 18.09.13 an Frauen (24 Sitze), Jugendliche (zwei Sitze) und Menschen mit Behinderungen (ein Sitz) durch indirekte Wahl vergeben. Insgesamt 51 Mandate gingen an Frauen, womit das ruandische Parlament als das mit dem weltweit höchsten Frauenanteil gilt. Die Wahlbeteiligung erreichte 98,8 Prozent.

Am 13. und 14.09.13 starben bei zwei Granatenanschlägen in Kigali zwei Menschen, 22 wurden verletzt.

Hintergrund

Präsident Paul Kagame erntet international Anerkennung für seine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und die politische Stabilisierung Ruandas. Jedoch werden ihm ein undemokratischer Regierungsstil und die Unterdrückung der Opposition vorgeworfen. Elf Parteien sind registriert, die meisten stehen der Regierung nahe. „Echte“ Oppositionsparteien nahmen an den Wahlen nicht teil: Die Democratic Green Party hatte ihre offizielle Registrierung als politische Partei zu kurz vor den Wahlen erhalten; die FDU-Inkingi ist offiziell nicht registriert. Die bislang als oppositionell geltende PS-Imberakuni, die an den Wahlen teilnahm, wurde laut Human Rights Watch von einer regierungstreuen Fraktion übernommen.

Togo

Neue Regierung

Am 17.09.13 wurde eine neue 27-köpfige Regierung unter dem bisherigen Premierminister Kwesi Séléagodji Ahoomey-Zunu eingesetzt. Die oppositionelle Union des Forces du Changement (UFC), die in der 32 Mitglieder umfassenden Vorgängerregierung mit sieben Ministerposten vertreten war, hat nunmehr deren drei inne. Andere Oppositionsparteien sind nicht beteiligt.

Das gesamte Kabinett war nach den Parlamentswahlen vom Juli am 27.08.13 zurückgetreten.

Nigeria

Über 140 Tote nach Boko-Haram-Angriff

Bei Angriffen mutmaßlicher Kämpfer der islamistischen Boko-Haram-Sekte sind im Nordosten Nigerias mehr als 140 Menschen getötet worden. Als Soldaten verkleidete Bewaffnete hätten im Bundesstaat Borno Häuser niedergebrannt und fliehende Menschen niedergeschossen. Einige der Menschen seien enthauptet worden, sagte ein Behördensprecher. Zudem hätten die Boko-Haram-Anhänger auf einer angrenzenden Landstraße wahllos Fußgänger und Autofahrer getötet.

Bangladesch

Todesstrafe für Führer der Jamaat-e-Islami

Der Oberste Gerichtshof verurteilte am 17.09.13 Abdul Quader Mollah, den Anführer der islamisch geprägten Partei Jamaat-e-Islami, zum Tode. Mollah wurden Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. Die Jamaat-e-Islami hatte sich 1971 gegen die Unabhängigkeit Bangladeschs ausgesprochen und im Unabhängigkeitskrieg die (west-) pakistanische Armee unterstützt. Mitglieder der JI sollen Gräueltaten der pakistanischen Armee unterstützt und sich an ihnen beteiligt haben. Die Verurteilung führte zu gewalttätigen Protesten von Anhängern der JI in mehreren Landesteilen, bei denen ca. 30 Menschen verletzt wurden. Die JI rief zu einem 48-stündigen Streik ab 18.09.13 auf.

China

Gestürzter Spitzenpolitiker Bo Xilai verurteilt

Der vor dem Volksgericht in der Stadt Jinan (Provinz Shandong) wegen Korruption und Amtsmissbrauchs angeklagte frühere Spitzenpolitiker Bo Xilai (siehe BN vom 29.07.13) wurde am 22.09.13 zu lebenslanger Haft verurteilt.

Polizei stürmt Lager mutmaßlicher uigurischer Terroristen

Wie Radio Free Asia am 17.09.13 berichtete, wurden bei einer Polizeiaktion gegen angebliche uigurische Terroristen in der uigurischen Autonomen Region Xinjiang bis zu zwölf Menschen erschossen. Der Vorfall ereignete sich bereits am 23.08.13 im Kreis Poskam (chin.: Zepu) nahe der Stadt Kashgar. Unbestätigten Berichten zufolge sollen sich etwa 30 Uiguren in einem geheimen Lager aufgehalten haben, in dem sie trainierten und Sprengkörper bauten, als es von der Polizei angegriffen wurde.

Sri Lanka

Tamilenpartei gewinnt Regionalwahl in Sri Lanka

Die Regionalwahlen im Norden Sri Lankas am 21.09.13 endeten mit einem deutlichen Sieg der Tamilischen Nationalen Allianz (TNA). Sie gewann in allen fünf Bezirken und sicherte sich 30 der insgesamt 38 Sitze. Auf das Parteienbündnis von Staatspräsident Mahinda Rajapaksa entfallen lediglich sieben Mandate, obwohl die Zentralregierung riesige Summen für den Wiederaufbau der in jahrzehntelangen Kämpfen zerstörten Infrastruktur im Norden investierte. Viele Bewohner stören sich vor allem an der anhaltende Präsenz der Armee. Der designierte Regierungschef für die Region, der ehemalige Richter am Obersten Gerichtshof Kanagasabapathy Wigneswaran, erklärte sich bereit, mit Rajapaksa in der Frage der Selbstverwaltung der Tamilen in einem vereinten, föderalen Sri Lanka zusammenzuarbeiten.

Mehr als 2.000 Wahlbeobachter überwachten die Stimmabgabe. Ernsthaftige Zwischenfälle wurden nicht bekannt. Der UNO-Menschenrechtsrat hatte die Wahl als entscheidend für eine Überwindung der ethnischen Spaltung in Sri Lanka bezeichnet. Das Regionalparlament war bereits 1987 eingerichtet worden, Wahlen konnten aber wegen des Bürgerkrieges nie abgehalten werden.